

Ingo Schmidt

Neoliberalismus: Ein Rückblick auf Debatten, Strategien und Kämpfe

Vielen, nicht nur Linken, gelten Margaret Thatcher und Ronald Reagan als Geburtshelfer des Neoliberalismus. Ihnen selber galten ‚ismen‘ als Ausgeburt intellektueller Besserwisserei, als Ausgangspunkt der Unterwerfung menschlicher Freiheit unter vorgefasste Blaupausen. Gegen diese Unterwerfung, repräsentiert durch den Staat, machten sie mobil und priesen den Markt als Ort individueller Selbstverwirklichung. Freiheit für Märkte und Menschen statt staatlichem Zwang war ihr Credo.

Dieser Slogan, sowie die im Namen der Märkte betriebene Politik, ließen sich auf die Theorien selbsterklärter neoliberaler Ökonomen zurückführen. Aber die mieden das Scheinwerferlicht. Ihr Wirken war zu Thatchers und Reagans Regierungszeiten auch auf der Linken wenig bekannt. Kritik richtete sich gegen Monetarismus, Angebotspolitik und, den engen Bereich der Ökonomie überschreitend den Neokonservatismus. Thatchers und Reagans Bekenntnisse zu Familie und Vaterland störte viele post-68er Linke mehr als dröge Fragen der Wirtschaftspolitik. Erst in den 1990er Jahren arbeiteten sich einige Linke durch das neoliberale Schrifttum und fanden darin eine komplette Weltanschauung. Zu der Zeit waren Thatcher und Reagan längst Geschichte. Für Familie und Vaterland war in einer wahrhaft neoliberalen Welt nicht mehr viel Platz. Die Rede vom Neoliberalismus setzte sich auf der Linken erst in den 1990ern, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch.

Schon Jahre zuvor war klar, dass die Zeit von Keynesianismus und Klassenkompromiss abgelaufen war. Aber es war schwer, die neue Form des Kapitalismus zu verstehen. Nicht nur, weil sie sich erst allmählich aus den alten Formen herauschälen musste, sondern auch weil an den alten Formen geschultes Denken für neue Formen blind war. Entsprechend leicht ist es heute die neoliberalen Elemente im Kapitalismus zu sehen. Für alles was nicht in diese Wahrnehmungsschema passt, fehlen noch die Begriffe. Gut möglich, dass Boris Johnson und Donald Trump dereinst als Totengräber des Neoliberalismus in den Geschichtsbüchern auftauchen, obwohl sie als Reinkarnationen Thatchers und Reagans erscheinen und sich, Trump deutlich mehr als Johnson, auch so präsentieren. Um zu verstehen, ob der Neoliberalismus am Ende ist oder doch noch eine Zukunft hat, kann es nicht schaden, seinen Aufstieg zur absolut dominanten Ideologie in Sachen Herrschaftstechnik und Legitimation zu rekapitulieren. Im Nachhinein mag es so aussehen, als habe es zum Neoliberalismus wirklich keine Alternative gegeben. Auch wenn man seine sozialen und ökologischen Auswirkungen nicht mochte. Tatsächlich war die neoliberale Vormacht keineswegs ausgemacht. Ähnliches dürfte heute gelten: Der Neoliberalismus mag nicht mehr viel Kraft in sich haben, könnte also von einer anderen Form des Kapitalismus oder sogar einer sozialistischen Form der Vergesellschaftung abgelöst werden. Aber auch das ist nicht ausgemacht.

Vom Theoriezirkel zum Regierungsprogramm

Schon bevor Demokratie, Sozialstaat und politische Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sich im Westen richtig etabliert hatten, wurden sie von einer kleinen Schar dem Liberalismus verpflichteter Ökonomen als Bedrohung von Privateigentum, Unternehmerfreiheit sowie daraus resultierender Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit angesehen. Die eskalierenden Wirtschaftskrisen der 1920er und 1930er Jahre waren

aus ihrer Sicht Folge der massiven Staatsintervention während des Ersten Weltkrieges. Interventionen unter dem Druck sozialdemokratischer Parlamentsfraktionen seien noch schlimmer, sie würden letztlich zu einer Staatswirtschaft sowjetischen Typs führen. Es bräuhete daher klar definierte Eigentumsrechte, geschützt gegen staatliche Regulierungen, ausufernde Besteuerung und politisch motivierte Geldschöpfung. Dem alten Liberalismus warfen diese, sich bald selbst als neoliberal bezeichnenden Ökonomen vor, Interventionen in den Wirtschaftsablauf nicht rigoros genug abgewehrt zu haben. Um die weitere Einschränkung privater Verfügungsrechte und die Übernahme privater Märkte durch staatliche Versorgungsstellen zu verhindern, sei ein starker Staat notwendig. Keiner, der sozialdemokratischen Forderungen nachgibt, sondern sie in die Schranken weist.

Solche Überlegungen mögen den besitzenden Klassen aus dem Herzen gesprochen haben, realitätstauglich waren sie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht. Denn noch schlimmer als die Sozialdemokraten waren die Kommunisten, deren Einflussbereich sich im Kampf gegen den Faschismus erheblich ausgedehnt hatte. Eindämmung und perspektivisch Zurückdrängung des Kommunismus ließen den dominierenden Kapitalfraktionen den Schulterschluss mit der Sozialdemokratie oder eine teilweise Übernahme und konservative Umformulierung sozialdemokratischer Forderungen angeraten erscheinen. Im Gegenzug für dieses Entgegenkommen wurden linke Forderungen, die über den Sozialstaatskompromiss hinausgingen, unter Kommunismusverdacht gestellt.

Erst nachdem dieser Kompromiss durch verschiedene soziale Bewegungen von links in Frage gestellt wurde, setzte in den kapitalistischen Führungszirkeln ein Umdenken ein. Nicht nur der Kommunismus, sondern auch Sozialdemokratie und neue soziale Bewegungen sollten nunmehr zurückgedrängt werden. Entsprechende Strategien konnten unter Rückgriff auf den neoliberalen Theoriefundus entwickelt werden. Ihre Überzeugungskraft beruhte nicht zuletzt auf der Anreicherung ökonomischer Argumente mit einer konservativen Moralkritik, die den verschiedenen Strömungen der Linken vorwarf die Grundlagen der Gesellschaft, die Einbindung in Familie und Verpflichtung gegenüber dem Vaterland, zu zersetzen.

Inflation, Steuern und Staatsschulden, die von Geldvermögensbesitzern, Unternehmern aller Größe und Beziehern von nicht-inflationsangepasster Einkommen als Bedrohung ihres Lebensstandards und daran gekoppelten Sozialstatus wahrgenommen wurden, stellten die Neoliberalen als Folgen eines von Sozialdemokraten und Gewerkschaften begünstigten Schlendrians dar, der Freizeitvergnügen über Arbeit, Studium und Sparen stellt. Der Rückbau des Sozialstaates war aus dieser Sicht ein notwendiges Korrektiv. Die darunter zu leiden hatten, sollten sich bei den linken Verschwendern, nicht bei den konservativen Verteidigern der marktwirtschaftlichen Ordnung beschweren. Die gute Nachricht: Auf die Wiederherstellung der Marktdisziplin folge Wohlstand für alle und jeder könne nach eigener Fassung selig werden, unbehelligt von linken Intellektuellen und Sozialstaatsverwaltern.

Über steigenden Wohlstand freuen durften sich jedoch nur die oberen Zehntausend. Nicht zuletzt aufgrund generöser Steuersenkungen, die den angestrebten Abbau der Staatsschulden trotz Ausgabenkürzungen und Privatisierungen unterliefen. Auch das Modell der Alleinernter-Familie war aus der Zeit gefallen. Immer mehr Frauen wollten oder mussten bereits in den 1980ern ihren Lebensunterhalt selbst verdienen oder zum Familieneinkommen beitragen. Auch Unternehmen strebten eine Ausweitung des Arbeitsangebotes an und werben dabei nicht nur um Frauen sondern auch ausländische Arbeitskräfte. Das Vaterland mutierte immer mehr zum Standort, der sich im internatio-

nen Wettbewerbs nur durch Einsatz möglichst vieler und möglichst billiger Arbeitskräfte behaupten konnte.

Alltagsreligion und Abfall vom Glauben

So hatten sich die früheren Anhänger von Thatcher und Reagan und deren Nachahmern in anderen Ländern die Entfesselung der Marktkräfte nicht vorgestellt. Am Ende der 1980er Jahre erlitt der Neoliberalismus eine erste massive Vertrauenskrise. Bill Clinton und Tony Blair gaben ihm ein neues Gesicht. Sie luden Anhänger jeglichen Lebensstils zur Selbstverwirklichung in einem Weltmarkt der Möglichkeiten ein. Computer wurden zur tragenden Säule, Börsen zum Schiedsrichter des globalen Marktgeschehens erklärt. Staaten samt ihrer Steuern, Schulden und Regularien wurden weiter mit Verlust ihrer Kreditwürdigkeit bedroht. Dagegen trieben private Schulden Käufe und Kurse von Börsentiteln in die Höhe. Schließlich wurden Schulden selbst handelbare Titel. Für den Sozialstaat hieß es weiter sparen, jenseits des Sozialstaates lag die Welt der unbegrenzten Möglichkeiten. Dieses Versprechen einer New Economy sprach nicht nur die gut Betuchten an, sondern auch viele, die hofften für eine Handvoll Aktien einer immer noch sozialstaatlich verwalteten und besteuerten Arbeitswelt entfliehen zu können.

Die New Economy-Euphorie dauerte nur ein paar Jahre. Nach dem Dot.com-Crash 2001 wurde die zuvor ausschließlich als ökonomisches Phänomen begriffene Globalisierung von permanenten Kriegen überlagert. Ein neuer, weil jenseits von Großmacht- oder Systemkonkurrenz operierender Imperialismus war für die Rüstungsindustrie profitabel. Breitere Bevölkerungskreise sahen sich um die erhofften Kriegsgewinne betrogen. Statt Geld kamen Flüchtlinge. Und neue Finanzkrisen, in deren Verlauf unbegrenzte Mittel zur Rettung von Banken und Börsen aufgewendet, die Ausgaben für Arbeit und Soziales aber, von Land zu Land unterschiedlich stark, weiter gekürzt wurden. Hatten sich bislang viele gefragt, wie denn von Neoliberalismus oder Marktradikalismus die Rede sein kann, wo doch die in keynesianischen Zeiten entwickelten Institutionen des Sozialstaates immer noch existierten und erhebliche Geldmassen umverteilten, wurde nun schlagartig klar: Sofern es noch eine Umverteilung von oben nach unten gab, erfolgte sie von denen, die ein bisschen haben zu denen, die nichts haben. Gleichzeitig gab es aber eine zunehmende Umverteilung nach ganz oben. Dafür darf in Krisenzeiten auch schon mal der Fuß von der Schuldenbremse genommen werden.

Was die Neoliberalen dem Sozialstaat manchmal zu Recht, meistens aber zu Unrecht nachgesagt haben; für ihr eigenes Projekt gilt es ganz gewiss: Es dient der Bereicherung einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit ohne sich dafür krumm legen zu müssen. Entsprechend groß waren Empörung und Abkehr vom gerade noch gehuldigten Markt. Einige wünschten sich mehr soziale Gerechtigkeit. Andere die Abkopplung des ganz unten vom Rest-Sozialstaat damit für sie selber genug übrig bliebe. Solche Abkopplungs- bzw. Ausschlusswünsche gehen oft mit der Flucht in identitäre Traumwelten einher, in denen weder Flüchtlinge, Obdach- und Arbeitslose noch Banker und Börsianer die nationale Gemeinschaft stören.

Ins Abseits hat sich der Neoliberalismus selbst gestellt. Endgültig überwunden werden kann er nur durch ein neues politisches Projekt. Das kann von links kommen. Aber auch von rechts.